

Bilanz Sommersession 2026

1. Erfolge im Kerngeschäft

1.1 20.406 Pa. Iv. NR Silberschmidt Andri. Unternehmerinnen und Unternehmer, welche Beiträge an die Arbeitslosenversicherung bezahlen, sollen auch gegen Arbeitslosigkeit versichert sein

In der Differenzbereinigung schloss sich der Nationalrat dem Ständerat an. Dieser hatte bei der Beratung des Geschäfts in der Frühjahrssession zusätzliche Absicherungen gegen Missbrauch in die Vorlage eingebaut.

Künftige sgV-Strategie: Der sgV unterstützt die Möglichkeit für Unternehmerinnen und Unternehmer, welche Beiträge an die Arbeitslosenversicherung bezahlen, sich auch selbst gegen Arbeitslosigkeit versichern zu können.

Verantwortlich: Dieter Kläy

1.2 22.441 Pa. Iv. NR Bregy Philipp Matthias. Modernen Pflanzenschutz in der Schweiz ermöglichen

Der sgV unterstützt grundsätzlich die Bestrebungen des Bundes, die Risiken von Pflanzenschutzmitteln (PSM) auf die Gesundheit von Mensch, Tier und Umwelt zu begrenzen, respektive zu minimieren. In der Umsetzung der Massnahmen zur Pa.Iv. 19.475 und damit verbunden dem Rückzug respektive dem Verbot diverser PSM beklagen die Produzierenden aber zunehmend Schwierigkeiten damit, in den vorherrschenden klimatischen Bedingungen noch in genügender Menge und Qualität rentabel produzieren zu können.

Mit einer Änderung des Landwirtschaftsgesetzes soll dafür gesorgt werden, dass Pflanzenschutzmittel (PSM), die in einem EU-Nachbarland, den Niederlanden oder Belgien bereits zugelassen sind, in der Schweiz schneller zur Verfügung stehen. Die Zulassung eines PSM in einem dieser Länder soll die Grundlage für ein vereinfachtes und beschleunigtes Zulassungsverfahren in der Schweiz sein.

Die Pa. Iv wurde in beiden Räten angenommen.

Künftige sgV-Strategie: Die Regelungen in der Landwirtschaft sollen, wo sinnvoll, gelockert werden, um Bürokratie sowie Kosten zu senken und die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern.

Verantwortlich: Patrick Dümmler

1.3 24.080 BRG. «Für eine Einschränkung von Feuerwerk». Volksinitiative

Der Nationalrat und der Ständerat empfehlen, die Volksinitiative abzulehnen, die ein Verbot von lärmverursachenden Feuerwerkskörpern fordert.

Künftige sgV-Strategie: Der sgV lehnt Einschränkungen bei Feuerwerken ab. Die Gemeinden sind am besten in der Lage, über deren Verwendung zu entscheiden.

Verantwortlich: Mikael Huber

1.4 24.096 Bundesgesetz über die Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen. Änderung (Allgemeinverbindlicherklärung von Mindestlöhnen, die unter kantonalen Mindestlöhnen liegen)

Auch der Nationalrat entscheidet sich für den den Bestandsschutz für bestimmte Kantone. Kantonale Mindestlöhne dürfen künftig nicht mehr national ausgehandelte und vom Bundesrat für allgemeinverbindlich erklärte Mindestlöhne übersteuern.

Künftige sgw-Strategie: Der sgw unterstützt die Forderung, wonach in ave GAV festgelegte Mindestlöhne durch kantonale Mindestlöhne nicht übersteuert werden dürfen.

Verantwortlich: Dieter Kläy

1.5 24.3441 Mo. NR de Courten Thomas. Senkung der Gesundheitskosten und der Versicherungsbeiträge durch den Abbau unnötiger bürokratischer Vorschriften im Bereich der medizinischen Versorgung

Nach dem Nationalrat in der Herbstsession 2024 hat nun auch der Ständerat diese Motion angenommen, mit welcher der Bundesrat beauftragt wird, zu prüfen, wie der zunehmende Verwaltungsaufwand für Ärztinnen und Ärzte, medizinisches Fachpersonal und Pflegekräfte wirksam eingedämmt werden kann.

Strategie sgw: Der sgw wird sich für eine rasche und entschlossene Umsetzung des Antrags durch den Bundesrat einsetzen.

Verantwortlich: Simon Schnyder

1.6 25.049 Mobilitätsdateninfrastruktur (MODIG). Bundesgesetz

Der Ständerat ist auf die Vorlage zur Schaffung einer nationalen Mobilitätsdateninfrastruktur nicht eingetreten. Die Ratsmehrheit erachtete den Nutzen einer neuen bundesweiten Dateninfrastruktur als nicht ausreichend, um zusätzliche Belastungen des Bahninfrastrukturfonds (BIF) und des Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds (NAF) zu rechtfertigen. Das Geschäft geht zurück an den Nationalrat.

Künftige sgw-Strategie: Der sgw wird sich weiterhin gegen unnötige neue Bundesstrukturen sowie gegen zusätzliche Belastungen der Verkehrsfonds einsetzen und auf eine klare Rollenabgrenzung zwischen Staat und Markt achten.

Verantwortlich: Philipp Bauer

1.7 25.058 Leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe LSVA. Weiterentwicklung. Teilrevision SVAG

Der Ständerat hat die Vorlage zur Weiterentwicklung der LSVA in mehreren zentralen Punkten angepasst. Insbesondere verzichtete er auf einen automatischen Teuerungsausgleich und verlängerte die Übergangsfrist für emissionsfreie Lastwagen auf sieben Jahre. Damit wird der Umstieg auf neue Technologien unterstützt, ohne die Transportwirtschaft übermässig zu belasten. Gleichzeitig bleibt die langfristige Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur gewährleistet.

Künftige sgw-Strategie: Der sgw wird sich im weiteren Differenzbereinigungsverfahren für eine wirtschaftsverträgliche und technologie neutrale Ausgestaltung der LSVA einsetzen.

Verantwortlich: Philipp Bauer

1.8 **25.068 «Jederzeit Strom für alle (Blackout stoppen)» Volksinitiative und indirekter Gegenentwurf**

Auf dem Weg zum Netto-Null-Ziel kommt der Elektrizität eine Schlüsselrolle zu. Sie wird insbesondere bei der Wärmebereitstellung und der Mobilität eine noch bedeutendere Rolle spielen als heute. Der Strombedarf wird steigen, und ohne Ausbau der Elektrizitätsproduktion würde die Versorgungssicherheit leiden. Kernkraftwerke (KKW) können dazu einen entscheidenden Beitrag leisten, indem sie unabhängig von den Wetterbedingungen Strom produzieren. Auf diese Technologie – die global in einem raschen Tempo weiterentwickelt wird – von vornherein zu verzichten hiesse, bei der Versorgungssicherheit oder Wirtschaftlichkeit Kompromisse zu machen. Unsere kleinen und mittleren Unternehmen sind auf eine zuverlässige, jederzeit abrufbare Stromversorgung angewiesen. Das bestehende Neubauverbot für KKW in der Schweiz muss konsequenterweise aufgehoben werden.

Das aktuelle Verbot neuer KKW kommt einer Denkblockade gleich. Für eine klimaneutrale Schweiz sollten wir auf einen möglichst grossen Instrumentenkoffer zurückgreifen können. Die Kernkraft gehört zweifellos dazu.

Nach einer intensiven Parlamentsdebatte nahmen schliesslich beide Räte den indirekten Gegenvorschlag an. Damit dürfte es zu einer Referendumsabstimmung anfangs 2027 kommen.

Künftige sgw-Strategie: Der sgw fordert weiterhin einen technologieineutralen Ansatz in der Energiepolitik und wird folglich auch die Gesetzesrevision unterstützen.

Verantwortlich: Patrick Dümmler

1.9 **25.084 Modernisiertes Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und der Ukraine. Genehmigung**

Das modernisierte Freihandelsabkommen (FHA) zwischen den EFTA-Staaten (Island, Liechtenstein, Norwegen und der Schweiz) und der Ukraine ersetzt das 2012 in Kraft getretene bestehende Abkommen, um Lücken in mehreren Bereichen zu schliessen. Mit der Modernisierung des Abkommens werden künftig nahezu alle Schweizer Exporte (99,9 %) in die Ukraine zollbefreit. Ausserdem erhöht das FHA die Rechtssicherheit, verbessert die Stabilität der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen und verstärkt die Behördenzusammenarbeit.

Beide Räte nahmen das Abkommen in der Schlussabstimmung an.

Künftige sgw-Strategie: Der sgw setzt sich auch weiterhin für den Abschluss und die Modernisierung weiterer FHA ein.

Verantwortlich: Patrick Dümmler

1.10 **25.305 Kt. Iv. BE. Vereinfachung der Mitteilungspflicht für Nährstoffe und Pflanzenschutzmittel (DigiFlux)** **25.451 Pa. Iv. SR Stark Jakob. Datenerfassung in der Landwirtschaft. Jetzt zusätzliche Bürokratie verhindern!**

Die vorgesehene Einführung einer digitalen Mitteilungspflicht für Pflanzenschutz- und Nährstofflieferungen (digiFLUX) wird den administrativen Aufwand für Gewerbebetriebe weiter unnötig erhöhen. Wir rechnen zusammen mit der Vereinigung Schweizer Futtermittelfabrikanten (VSF) für die Umsetzung von digiFLUX mit erheblichen und wiederkehrenden Administrationskosten für Gewerbebetriebe, die Kantone und den Bund.

Beide Vorstösse verlangen eine sinnvolle Fokussierung von digiFLUX auf die relevanten Bereiche und reduzieren die Administration und die Kosten für Gewerbebetriebe, die Kantone und den Bund, ohne die ökologischen Ziele des Absenkpades für Nährstoffe und Pflanzenschutzmittel zu gefährden.

Der Ständerat hat beiden Vorstössen als Erstrat Folge gegeben.

Künftige sgV-Strategie: Der sgV wird beide Vorstösse weiterhin unterstützen.

Verantwortlich: Patrick Dümmler

1.11 25.406 Pa. Iv. SR Graf Maya. Abschaffung der Sunset-Klausel im Gesetz über die Gleichstellung von Frau und Mann

Der Ständerat leistet der parlamentarischen Initiative, die die Aufhebung der Sunset-Klausel bei den Lohnkontrollen fordert, keine Folge. Es bleibt bei der ursprünglichen Befristung.

Künftige sgV-Strategie: Der sgV lehnt den Ausbau der Lohnkontrollen ab.

Verantwortlich: Dieter Kläy

1.12 25.3424 Mo. SGK-SR. Freiwillige Weiterbeschäftigung nach Erreichen des ordentlichen Rentenalters im Rahmen der AHV attraktiver gestalten

Nach dem Ständerat hat nun auch der Nationalrat diese Motion angenommen, die den Bundesrat einerseits dazu verpflichtet, den Rentenzuschlag bei Aufschub der Rente zu erhöhen, und andererseits den Kürzungssatz bei vorzeitigem Rentenbezug (derzeit bei 6,8 % pro Jahr) beizubehalten oder anzuheben. Es handelt sich um gezielte Massnahmen, die die Ausübung einer Erwerbstätigkeit über das Referenzalter hinaus fördern und gleichzeitig den vorzeitigen Rentenbezug weniger attraktiv machen sollen.

Strategie sgV: Der sgV wird sich für eine rasche Umsetzung des Antrags durch den Bundesrat einsetzen.

Verantwortlich: Simon Schnyder

1.13 25.3429 Mo. SGK-NR. Temporärbranche nicht weiter von der Schlechtwetterentschädigung ausschliessen

Wie der Nationalrat unterstützt der Ständerat mit einer kleinen Abweichung die Motion.

Künftige sgV-Strategie: Der sgV unterstützt die Temporärbranche bezüglich Entschädigungen bei Schlechtwetter.

Verantwortlich: Dieter Kläy

1.14 25.3940 Mo. WAK-NR. Mehr Rechtssicherheit im Verrechnungssteuergesetz (VStG) und im Bundesgesetz über die Stempelabgaben (StG)

Der Nationalrat hat diese Motion angenommen, die die Angleichung der Verjährungsfristen im Verrechnungssteuergesetz und im Stempelabgabengesetz an diejenigen des Mehrwertsteuergesetzes verlangt, insbesondere die Einführung einer absoluten Verjährungsfrist von 15 Jahren (statt 10 Jahren in der ursprünglichen Fassung), sowie die Übernahme der Publikationspflicht der behördlichen Praxis und des Schutzes vor Bestrafung bei gutgläubigen Fehlern.

Künftige sgV-Strategie: Der sgV setzt sich für eine vereinfachte und transparente Besteuerung ein.

Verantwortlich: Mikael Huber

1.15 25.3956 Mo. KVF-NR. Anpassung der Schwerverkehrsabgabeverordnung

Der Ständerat hat die Motion abgelehnt, welche eine rasche Erhöhung der LSVA-Tarife bis zur maximal zulässigen Höhe gemäss Landverkehrsabkommen verlangt hätte. Damit wurden zusätzliche Belastungen für die Transportwirtschaft und die verladende Wirtschaft verhindert. Der Entscheid stärkt die Planungs- und Investitionssicherheit für KMU und Transportunternehmen.

Künftige sgV-Strategie: Der sgV setzt sich weiterhin gegen zusätzliche fiskalische Belastungen des Güterverkehrs ein und fordert eine ausgewogene Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur.

Verantwortlich: Philipp Bauer

1.16 25.3972 Mo. SR Gmür-Schönenberger Andrea. Baueinsprachen. Schutzwürdige Interessen klar definieren

National- und Ständerat haben die Motion angenommen. Der Bundesrat wird beauftragt, die Einspracheberechtigung in Bau- und Raumplanungsverfahren zu präzisieren. Damit sollen Projekte künftig weniger leicht durch Personen oder Organisationen ohne direkte Betroffenheit verzögert werden können. Der Entscheid ist ein wichtiger Beitrag zur Beschleunigung von Bauvorhaben und zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Wohnungsbau und Investitionen.

Künftige sgV-Strategie: Der sgV wird sich für eine konsequente Umsetzung einsetzen und weitere Massnahmen zur Beschleunigung von Planungs- und Bewilligungsverfahren unterstützen.

Verantwortlich: Philipp Bauer

1.17 25.3973 Mo. SR Gmür-Schönenberger Andrea. Missbräuchliche Baueinsprachen sanktionieren

Das Parlament hat die Motion angenommen. Der Bundesrat wird beauftragt, gesetzliche Grundlagen zu schaffen, damit missbräuchliche Einsprachen künftig sanktioniert werden können. Dadurch sollen strategische Verzögerungen von Bau- und Infrastrukturprojekten reduziert und die Rechtssicherheit verbessert werden.

Künftige sgV-Strategie: Der sgV wird sich für eine konsequente Umsetzung einsetzen und weitere Massnahmen zur Beschleunigung von Planungs- und Bewilligungsverfahren unterstützen.

Verantwortlich: Philipp Bauer

1.18 25.4153 Mo. SR Würth Benedikt. Marschhalt bei neuen Empfehlungen zum mässigen Alkoholkonsum

Der Nationalrat hat diese Motion angenommen und den Bundesrat damit beauftragt, die Verabschiedung neuer Richtlinien zum moderaten Alkoholkonsum bis zur Veröffentlichung der Ergebnisse der von der UNATI durchgeführten Studie zu verschieben. Dabei sind vor jeder Entscheidung die betroffenen Kreise anzuhören.

Künftige sgV-Strategie: Der sgV lehnt bevormundende Politiken im Bereich des Konsums ab.

Verantwortlich: Mikael Huber

1.19 25.4179 Mo. SR Regazzi Fabio. Unabhängigere Regulierungskostenschätzung

Die Regulierungskosten werden in den Verlautbarungen der für den jeweiligen Erlass zuständigen Verwaltungseinheit oft kleingeredet. Die für die Regulierung zuständigen Einheiten der Bundesverwaltung haben meistens ein Interesse an einer neuen Regulierung, welche sie oft auch selber vorschlagen. Und die externen Auftragnehmer entsprechender ex-ante-Studien haben ein Interesse am Erhalt von weiteren

Aufträgen. Darum neigen sie zu Ergebnissen im Sinne der auftraggebenden Ämter. Gibt man die Federführung der Regulierungskostenschätzung nicht der für die Regulierung zuständigen Verwaltungseinheit, sondern dem WBF resp. dem SECO, wird das Problem ohne Zusatzkosten gelöst.

Beide Räte haben der Motion zugestimmt, damit wurde das Geschäft an den Bundesrat überwiesen.

Künftige sgw-Strategie: *Der sgw wird sich für eine regulatorische Umsetzung des Vorstosses im Sinne des Urhebers einsetzen.*

Verantwortlich: Patrick Dümmler

1.20 25.4187 Mo. SR Stark Jakob. Einführung einer KMU-Regulierungskostenbremse

Der administrative Aufwand durch zu viel Regulierung ist teuer. Laut einer Hochrechnung des sgw verursacht die Regulierung durch Gesetze, Verordnungen etc. jährliche Kosten von rund 70 Mrd. Fr., was mehr als zehn Prozent des BIP ausmacht. Konzerne können mit ganzen Compliance-Teams auf umfangreiche Regulierungen reagieren. Für KMU ist dies in der Regel nicht möglich, weil der Aufwand im Verhältnis zur Grösse des Unternehmens sehr hoch ist und eine oft unverhältnismässige Belastung darstellt. Es ist wichtig, in der gegenwärtig herausfordernden wirtschaftlichen Situation die KMU als Rückgrat der Schweizer Wirtschaft und Gesellschaft zu stärken.

Die KMU-Regulierungskostenbremse soll greifen, wenn eine zu definierende Anzahl Schweizer KMU betroffen ist, resp. wenn die erwarteten Mehrkosten für KMU über einer zu definierenden Kostenschwelle liegen.

Beide Räte haben der Motion zugestimmt, damit wurde das Geschäft an den Bundesrat überwiesen.

Künftige sgw-Strategie: *Der sgw wird sich für eine regulatorische Umsetzung des Vorstosses im Sinne des Urhebers einsetzen.*

Verantwortlich: Patrick Dümmler

1.21 25.4265 Mo. SR Mühlemann Benjamin. Stärkung des Produktions- und Forschungsstandorts Schweiz

Der Nationalrat hat diese Motion angenommen, nachdem der Ständerat zugestimmt hatte, und den Bundesrat damit beauftragt, Massnahmen zu ergreifen, um Unternehmen dazu zu ermutigen, Forschung, Entwicklung und Produktion zu intensivieren, damit sie ihre Produkte und Dienstleistungen weltweit anbieten können. Er wird insbesondere die Relevanz eines Massnahmenpakets prüfen, das zusätzliche steuerliche Abzüge für Produktionskosten – analog zu den Abzügen für Anwendungen aus Forschung und Entwicklung – sowie die Schaffung von Steuergutschriften für Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten umfasst.

Künftige sgw-Strategie: *Der sgw unterstützt die Stärkung der Attraktivität der Schweiz und der Wettbewerbsfähigkeit ihrer Unternehmen.*

Verantwortlich: Mikael Huber

1.22 25.4313 Mo. NR Schneeberger Daniela. Früchte und Gemüse wieder unbürokratisch einkaufen

Seit der Abschaffung dieser Regelung per 1. Januar 2025 muss der Konsument beim Wägen umständlicherweise das genutzte Verpackungsmaterial (keines, Schutzsack, Früchtenetz, etc.) gesondert deklarieren. Der Nutzen dieser Praxisänderung erschliesst sich nicht.

Die Detailhandelsunternehmen sehen sich mit zusätzlichem Informatik- und Kontrollaufwand konfrontiert. Gerade für kleinere, gewerbliche Detailhandelsunternehmen stellen die notwendigen Anpassungsprozesse (namentlich Neuprogrammierung oder Neuanschaffung von Waagen) einen erheblichen finanziellen Mehraufwand dar.

Beide Kammern nahmen die Motion an, damit ist der Bundesrat am Zug.

Künftige sgV-Strategie: *Der sgV begrüsst die Annahme und drängt auf eine rasche Umsetzung.*

Verantwortlich: Patrick Dümmler

1.23 25.4666 Mo. SR Regazzi Fabio. Kleinsendungen. Für grössere Produktesicherheit und gegen unlauteren Wettbewerb zulasten der Schweizer KMU

Der Nationalrat hat diese Motion angenommen, die gleiche Regeln für Paketsendungen, insbesondere aus Asien, fordert. Es kommt vor, dass die in der Schweiz geltenden Vorschriften oft nicht eingehalten werden, was für die Schweizer KMU, die strengen Regeln unterliegen, einen unlauteren Wettbewerb bedeutet. Um die Kontrollen zu finanzieren, würde auf diesen Paketen aus dem Ausland eine kleine Abgabe erhoben.

Künftige sgV-Strategie: *Der Schweizerische Gewerbeverband sorgt dafür, dass der Wettbewerb für KMU fair ist.*

Verantwortlich: Mikael Huber

1.24 26.018 Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Malaysia. Genehmigung

Das Abkommen erhöht die Rechtssicherheit in den Wirtschaftsbeziehungen mit Malaysia, verbessert den Zugang zum malaysischen Markt für Schweizer Wirtschaftsakteure und reduziert das Diskriminierungspotenzial gegenüber Wirtschaftsakteuren aus Ländern, welche ebenfalls über ein FHA mit Malaysia verfügen oder – wie die EU – aktuell über ein solches verhandeln.

Für 99,9 Prozent der heutigen Schweizer Ausfuhren nach Malaysia werden Zollerleichterungen gelten, teilweise mit Übergangsfristen. Für die Schweizer Exportwirtschaft ergeben sich dadurch neue Chancen, insbesondere in Zukunftstechnologien. Denn das rohstoffreiche Land ist ein wichtiger Akteur in der globalen Elektronikindustrie und führend in der Halbleiterproduktion. Malaysia bietet zudem ein attraktives Investitionsumfeld mit moderner Infrastruktur und gut ausgebildeten, englischsprachigen Arbeitskräften.

Das Abkommen wurde in der Schlussabstimmung in beiden Räten angenommen. Es ist mit einem Referendum zu rechnen.

Künftige sgV-Strategie: *Der sgV wird das Abkommen auch bei einem allfälligen Referendum unterstützen.*

Verantwortlich: Patrick Dümmler

1.25 26.031 Geschäft des Bundesrates. Bundesgesetz über die Krankenversicherung (Sicherstellung des Prinzips der einmaligen Erhebung der Daten). Änderung

Diese vom Nationalrat verabschiedete Revision des KVG soll das Prinzip der einmaligen Datenerhebung im Gesundheitswesen verankern. Dieses Prinzip dient dazu, den Verwaltungsaufwand im Gesundheitswesen zu verringern, Mehrfacherhebungen zu vermeiden und die Datenqualität zu verbessern.

Das Projekt birgt noch Verbesserungspotenzial hinsichtlich der Vermeidung bestimmter Risiken wie doppelte Datenerhebung, zusätzliche Datenanfragen und Anstieg des Verwaltungsaufwands.

Strategie sgV: *Der sgV wird sich nun dafür einsetzen, dass der Ständerat die bestehenden Möglichkeiten zur Verbesserung des Entwurfs nutzt, insbesondere was den Verwaltungsaufwand betrifft.*

Verantwortlich: Simon Schnyder

1.26 26.3236 Mo. SR Burkart Thierry. Unternehmensentlastung. Anspruch auf Verfahrensführung durch eine Behörde bei Mehrfachzuständigkeiten

In der Praxis führen Mehrfachzuständigkeiten und eine fehlende Koordination zwischen Behörden trotz Ordnungsfristen häufig zu Verzögerungen, zu Mehraufwand und zu unnötigen Kosten für Unternehmen.

Ein gesetzlicher Anspruch auf Verfahrensführung durch eine Behörde im Fall von Mehrfachzuständigkeiten würde sicherstellen, dass die Verantwortung für die Koordination und den Verfahrensfortschritt nicht auf die gesuchstellenden Unternehmen überwältigt wird. Bei mehreren zuständigen Stellen sorgt die Bezeichnung einer verfahrensführenden Behörde für eine klare Koordination, reduziert Doppelspurigkeiten und erhöht die Verfahrenseffizienz.

Der Ständerat hat die Motion als Erstrat angenommen und der Kommission des Nationalrates zugewiesen.

Künftige sgV-Strategie: *Der sgV setzt sich in der parlamentarischen Beratung weiterhin für eine Annahme des Vorstosses ein.*

Verantwortlich: Patrick Dümmler

1.27 26.3255 Po. SR Regazzi Fabio. Prüfung einer "Sunset Clause" für Bundessubvention

Der Ständerat hat das Postulat angenommen, das den Bundesrat beauftragt, in einem Bericht zu prüfen, ob und in welcher Form für Bundessubventionen eine zeitliche Befristung («Sunset Clause») eingeführt werden könnte.

Künftige sgV-Strategie: *Der sgV fordert eine befristete Gültigkeit von Subventionen.*

Verantwortlich: Mikael Huber

1.28 26.3256 Mo. SR Regazzi Fabio. Öffentliches Register der Empfänger von Bundessubventionen

Der Ständerat hat die Motion angenommen, die den Bundesrat beauftragt, ein öffentlich zugängliches, digitales und zentral geführtes Register der Empfänger von Bundessubventionen einzurichten.

Künftige sgV-Strategie: *Der sgV fordert Transparenz bei der Vergabe von Subventionen.*

Verantwortlich: Mikael Huber

1.29 26.3257 Po. SR Regazzi Fabio. Evaluation der Wirksamkeit der Bundessubventionen

Der Ständerat hat das Postulat angenommen, das den Bundesrat beauftragt, einen Bericht vorzulegen, der die Wirksamkeit, Zielgenauigkeit und volkswirtschaftlichen Auswirkungen der Bundessubventionen systematisch untersucht.

Künftige sgV-Strategie: *Der sgv fordert eine Prüfung aller einzelnen Subventionen.*

Verantwortlich: *Mikael Huber*

2. Misserfolge im Kerngeschäft

2.1 23.325 Kt.Iv. ZH Zeitlich befristete Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten

Der Ständerat tritt mit Stichentscheid des Präsidiums nicht auf das Geschäft ein, das in den Nationalrat geht. Gemäss Art. 117 Abs. 2 Parl G berät der Zweitrat über «Abschreiben».

Künftige sgv-Strategie: *Der sgv kämpft weiterhin für eine massvolle Liberalisierung des Arbeitsrechts.*

Verantwortlich: *Dieter Kläy*

2.2 23.406 Parl. Initiative NR Marc Jost. Starke Familien dank angemessener Zulagen

Die Initiative zielt darauf ab, den Mindestbetrag der Kinder- und Ausbildungszulagen anzuheben. Dies würde nicht nur einen erneuten Eingriff des Bundes in einen Zuständigkeitsbereich der Kantone bedeuten, sondern auch erhebliche zusätzliche Kosten für die Arbeitgeber verursachen – und das für eine nicht zielgerichtete Leistung. Entgegen der Empfehlung seiner Kommission für soziale Sicherheit und öffentliche Gesundheit, die vorgeschlagen hatte, diese parlamentarische Initiative ad acta zu legen, hat der Nationalrat beschlossen, die Bearbeitungsfrist um zwei Jahre bis 2028 zu verlängern.

Strategie sgv: *Der sgv wird sich gegen die Umsetzung der parlamentarischen Initiative wehren.*

Verantwortlich: *Simon Schnyder*

2.3 24.073 Geschäft des Bundesrates. Umsetzung und Finanzierung der Initiative für eine 13. AHV-Rente

Positiv ist, dass das Parlament darauf verzichtet hat, die Arbeitnehmerbeiträge zur Finanzierung der 13. AHV-Rente zu erhöhen. Dafür wurde jedoch eine zeitlich unbefristete Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0,4 Prozentpunkte beschlossen. Das Parlament hat somit entschieden, einen Teil der AHV durch eine weitere Steuererhöhung gesondert zu finanzieren, ohne die Gesamtsituation der AHV zu berücksichtigen und ohne über strukturelle Massnahmen zur Reform der AHV diskutieren zu wollen.

Strategie sgv: *Der sgv wird sich jeder Steuererhöhung widersetzen, die nicht mit einer Strukturreform der AHV und der Einführung von Sparmassnahmen zur Senkung der Ausgaben einhergeht.*

Verantwortlich: *Simon Schnyder*

2.4 24.318 Kt.Iv. TI. Kündigungsschutz für Adoptivmütter

Die Standesinitiative verlangt eine rechtliche Gleichstellung von Adoptivmüttern und leiblichen Mütter und die entsprechende Anpassung der Kündigungsschutzfrist. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat der Standesinitiative Folge gegeben.

Künftige sgv-Strategie: *Der sgv lehnt den Ausbau des Kündigungsschutzes ab.*

Verantwortlich: *Dieter Kläy*

2.5 25.019 Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs (Sanierungsverfahren für natürliche Personen). Änderung

Letzte Differenzen zwischen National- und Ständerat sind ausgeräumt worden. Wer Schulden angehäuft hat und den Berg aus eigener Kraft nicht abbauen kann, erhält einmal im Leben die Möglichkeit eines Schuldenschnitts.

Künftige sgw-Strategie: Der sgw lehnt die Diskriminierung von Drittklass-Schuldnern ab.

Verantwortlich: Dieter Kläy

2.6 25.402 Pa. Iv. WBK-N. Indirekter Gegenentwurf zur Feuerwerks-Initiative

Der Nationalrat hat den indirekten Gegenvorschlag abgelehnt, der darauf abzielte, die schädlichen Auswirkungen von Knallkörpern zu minimieren, während die visuellen Effekte weiterhin möglich sein sollten. Die Volksinitiative kommt ohne indirekten Gegenvorschlag zur Abstimmung.

Künftige sgw-Strategie: Der Schweizerische Gewerbeverband lehnt pauschale Einschränkungen ab, da die meisten Feuerwerke Lärm verursachen. Die Gemeinden sollten die Bewilligungen selbst regeln können.

Verantwortlich: Mikael Huber

2.7 25.4264 Mo. SR Mühlemann Benjamin. Investitionsbedingungen für Unternehmen verbessern

Der Nationalrat hat diese Motion abgelehnt, obwohl der Ständerat ihr zugestimmt hatte. Diese beauftragte den Bundesrat, Massnahmen zu ergreifen, um Investitionen von Unternehmen in der Schweiz zu erleichtern und so die nationale Wirtschaft wiederzubeleben, insbesondere durch die Einführung einer beschleunigten Abschreibung zur gezielten Senkung der Investitionskosten sowie einer Steuergutschrift für Grossinvestitionen.

Künftige sgw-Strategie: Der sgw unterstützt Politiken, die Investitionen in Schweizer Unternehmen fördern.

Verantwortlich: Mikael Huber

2.8 26.033 Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Mercosur. Genehmigung

Mit dem Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten (und damit auch der Schweiz) und Mercosur werden für 97,6 Prozent der heutigen Schweizer Ausfuhren in die Mercosur-Staaten Zollerleichterungen gelten, teilweise mit Übergangsfristen.

Seit dem 1. Mai 2026 wendet die EU ihr Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten provisorisch an. Konkurrenten aus dem EU-Raum können damit – gegenüber Schweizer Exporteuren – bereits heute von teils markanten Zollreduktion profitieren. Dies schwächt insbesondere die Schweizer KMU, die ihre Wertschöpfung nicht einfach an ihren EU-Standort verschieben können (weil sie über keinen verfügen), um davon zu profitieren.

Der sgV stellte sich gegen den Beschluss der APK-N, die den Bundesbeschluss um einen zusätzlichen Artikel zur Übernahme der Vorgaben der Entwaldungsverordnung der EU (EUDR) ergänzt. Dieser Abstimmungsempfehlung folgte der Nationalrat zwar, aber er in der Gesamtabstimmung wurde das Mercosur-Abkommen abgelehnt. Damit kommt es in die Kommission des Ständerates.

Künftige sgV-Strategie: Der sgV setzt sich weiterhin für eine Zustimmung zum Abkommen ein, dies in der Version des Bundesrates, d. h. ohne EUDR und für eine ausgabenneutrale Kompensation der Landwirtschaft.

Verantwortlich: Patrick Dümmler

3. Vom sgV angeregte Vorstösse

- 3.1 26.3629 Mo. Regazzi. Schweizerkreuz nur für in der Schweiz fabrizierte Produkte
26.3631 Mo. Schneeberger. Schweizerkreuz nur für in der Schweiz fabrizierte Produkte

Mit den vom sgV-Präsidenten und der sgV-Vizepräsidentin im Ständerat und im Nationalrat gleichzeitig eingereichten Motionen wird der Bundesrat beauftragt, dafür zu sorgen, dass auf im Ausland hergestellten Produkten das Schweizerkreuz nicht angebracht werden darf. Damit soll eine vom Eidg. Institut für Geistiges Eigentum IGE publizierte Praxisänderung korrigiert werden und der Schutz sowie der Wert des Schweizerkreuzes für tatsächlich in der Schweiz herstellende KMU erhalten bleiben.

Künftige sgV-Strategie: Der Schweizerische Gewerbeverband setzt sich für den Schutz der Marke Schweiz für hierzulande produzierende KMU und damit für die Annahme der beiden Motionen ein.

Verantwortlich: Urs Furrer

Bern, 24. Juni 2026